

Unter Medien-Jubel ins Energie-Fiasko

geschrieben von Admin | 20. Januar 2022

Bei der Energiewende entwickelte sich die „Vierte Gewalt“ zur fünften Kolonne von grünen Ideologen.

von Manfred Haferburg

In diesem Beitrag möchte ich unter Auslassung der politischen Verantwortlichkeit das epische Komplettversagen der Medien beleuchten, das Deutschland in eine veritable Energiekrise mit noch ungeahnten Auswirkungen auf den Wohlstand und die Demokratie verführt hat.

Zu Anfang möchte ich klarstellen, dass es Ausnahmen gibt. Es gibt sie: die guten Journalisten, die gebildet sind, und ihre Berufung ernst nehmen, ihre Kunden darüber zu informieren, was ist.

Die Presse ist eine Macht – man nennt sie gern die Vierte Gewalt. Diese Vierte Gewalt im Staate ist durch nichts legitimiert. Sie ist niemandem rechenschaftspflichtig. Sie ist für nichts verantwortlich. Sie wird vom Streben nach Geld, Aufmerksamkeit und Macht getrieben. Heuchelei, Unkenntnis, ideologische Voreingenommenheit und Arroganz gegenüber den Menschen außerhalb ihrer Blase sind Markenzeichen der Hauptstrommedien geworden. Die Medien gerieren sich heute als „loyale Opposition“, hyperloyal zur linksgrünen Regierung. Junge Journalisten wollen ihre Leser erziehen, können aber noch nicht einmal richtiges Deutsch schreiben. Viele Medienkonsumenten wenden sich mit Grausen ab.

Doch das wäre nicht das Schlimmste. Die Vierte Gewalt greift massiv in die Wirtschaft ein. Im Einklang mit politischen Ideologen bekämpfen sie Technologien. Sie haben den Transrapid zerstört. Sie sind dabei, die Autoindustrie kaputtzuschreiben. Sie teilten die Energiequellen in Freund und Feind ein. Die Feindenergie wird mit medialem Dauerfeuer bekämpft.

Unbedarfte Journalisten, beim Herunterschreiben der vermeintlichen Feindenergien von keinem Wissen über Energiesysteme getrübt, operieren am offenen Herzen einer Industrienation. Wenn sie damit fertig sind – Operation gelungen, Patient tot.

Seit Ende der 1970er Jahre schreibt die (west)deutsche Presse im Einklang mit der grünen Bewegung die Kernkraft nieder – mit Erfolg. Es kamen nur noch „Experten“ zu Wort, die sich kritisch zur Kernkraft äußerten. Nur noch die Risiken der Kernkraft wurden thematisiert und überhöht, der Nutzen negiert. Die Kernkraftunfälle von Tschernobyl und später Fukushima wurden und werden von der Deutschen Presse bis ins

Groteske überhöht, die Deutschen Kernanlagen fern jeder Realität vermonstert.

Die Wasserstoffexplosionen in Fukushima liefen auf allen Kanälen in Endlosschleife. Ich erinnere noch, wie deutsche Leitmedien allen Ernstes und entgegen jeder Realität behaupteten, in Fukushima wäre die Betriebsmannschaft aus der Anlage geflohen, es würden Jugendliche und Obdachlose in tödlicher Strahlung verheizt und die Feuerwehr würde mit vorgehaltener Waffe zur Havarie-Bekämpfung gezwungen. Nicht ein Wort davon stimmte. In Deutschland wurde von den Medien, analog wie nach Tschernobyl, eine Strahlenangstpanik erzeugt. In deutschen Medien wurden zehnmal so viel Forderungen nach dem Ausstieg kolportiert wie in Frankreich und dem Vereinigten Königreich. Sogar in Japan selbst fand diese Panikmache nicht statt.

Als Resultat dieser Propaganda glauben heute viele Deutsche daran, dass Kernenergie des Teufels ist. Als Folge davon ist die deutsche Kernenergie in einem Jahr Geschichte, und das für die nächsten 25 Jahre. Schon werden neue Teufel gejagt. Die Kohlekraftwerke und die Autos sind jetzt dran. Die Strahlenangst wurde durch Klimaangst ergänzt, ohne ganz zu verschwinden.

Dann kam Corona dazu und drei Ängste koexistieren nun in Deutschland – Strahlenangst, Klimaangst und Coronaangst. Politik, Wirtschaft und das ganze gesellschaftliche Leben werden durch von den Medien angeheizte Ängste bestimmt. Kein Mensch weiß mehr, was Henne oder Ei war. Teufelskreise wurden in Gang gesetzt.

So etwas kann nicht gutgehen. Da hilft auch nicht, dass die sonst hochgelobte Europäische Union die Kernenergie als grün einstufen wird. Glaubt vielleicht irgendwer, dass von der Leyen diese Einstufung ohne den vorherigen Segen ihrer Meisterin Merkel vornimmt? So legte die aus dem Amt Geschiedene der Ampel ein richtig faules Ei ins Regierungsnest. Warum? Wenn die neue Regierung alt aussieht, steht die alte Regierung dann nicht automatisch in besserem Lichte da?

Deutschland ist mit seiner Energiewende in voller Fahrt als Geisterfahrer unterwegs. Die Protagonisten geben Vollgas im Angesicht der Mauer am Ende der Sackgasse. Der Zusammenstoß mit der Physik und Ökonomie wird verheerend sein. Und wieder wird die Journalisten keine Verantwortung treffen.

Man stelle sich einen Lockdown vor, in dem für mehrere Tage erst der Strom ausfällt, dann das Trinkwasser und zuletzt die gesamte Versorgung mit allem, was zum Leben gebraucht wird.

Doch bis dahin geht es unverdrossen weiter. Die deutsche Energiepolitik hat sich in ein unlösbares Dilemma manövriert. Egal, was sie jetzt machen, es ist falsch. Will die Regierung die Energiewende korrigieren, haben sie ihre eigenen Klientel an der Gurgel. Revidieren sie die Energiewende nicht, bekommen sie es mit der Physik und der Ökonomie zu

tun.

Die Medien haben erfolgreich mit fast religiös anmutendem Eifer Feindenergieträger definiert, die von vielen Deutschen nun für Teufelszeug gehalten werden, das unbedingt und um jeden Preis ausgemerzt werden muss. Ich behaupte, dass weder die Politik noch die Medien oder noch weniger die Durchschnittsbürger die Tragweite der Situation auch nur annähernd überschauen können.

Aus der Pfui-Kernenergie ist Deutschland bis auf die letzten drei KKW mit 4,5 GW ausgestiegen. Die kommen im nächsten Jahr dran. Damit sind unter dem Beifall der Medien innerhalb von 10 Jahren etwa 25 Prozent der deutschen Stromerzeugung und über 50 Milliarden an Anlagenwert vernichtet worden. Bis 2030, also in acht Jahren, sollen dann die Kohlekraftwerke geschlossen werden. Damit sind nochmal 26 Prozent Erzeugungskapazität weg. Dann hat es Deutschland geschafft, die Hälfte seiner Stromerzeugungskapazität und 80 Prozent seiner grundlastfähigen Stromerzeuger zu vernichten. Es bleiben 16 Prozent Erdgas, 3 Prozent Wasser und 8 Prozent Biomasse für Grundlast übrig. Den Rest sollen Wind und Sonne erzeugen, die aber wetter- und tageszeitabhängig sind. Leider hat wider grünes Erwarten niemand bezahlbare Großspeicher erfunden.

Das bedeutet, man muss von heute an bis 2030 jeden Tag 10 Windräder und 5.000 Solardächer installieren, nur um die Nominalleistung, die durch Abschaltung bestehender Kraftwerke verloren geht, zu ersetzen. Vom Geld abgesehen – gibt es in Deutschland noch eine Industrie, die das schafft?

Da aber Wind und Sonne immer noch machen, was sie wollen, müssen Gaskraftwerke gebaut werden. Wirtschafts- und Energieminister Robert Habeck setzt daher auf neue Gaskraftwerke. „Erdgas ist für eine Übergangszeit unverzichtbar“, steht auch im Koalitionsvertrag. Was da nicht steht: das heißt, es müssen bis 2030 mindestens 100 mittlere Gaskraftwerke von je 300 MW errichtet werden – also von heute an mindestens 12 Gaskraftwerke pro Jahr. Diese befinden sich aber noch nicht mal in der Vorprojektphase. Sie sind noch nicht einmal erfunden, legt man die Ansprüche des EU-Green-Deals an ihre Abgaswerte an.

So ein Gaskraftwerksprojekt dauert 5 bis 8 Jahre bis zur Produktionsreife – wenn die Finanzierung steht. Da aber Teile der grünen Regierungspartei auch dem Erdgas den Krieg erklärt haben, nimmt keine Industrie das Risiko auf sich. Der Staat wird sie bauen und der Steuerzahler finanzieren müssen. Zusätzlich werden diese Gasstromerzeuger nicht rentabel sein, da sie nur produzieren dürfen, wenn der Wind nicht weht. Seit Juni 2020 hat sich der Gaspreis verdoppelt. Der Strom aus Gaskraftwerken wird damit unbezahlbar teuer.

Und gibt es überhaupt die industrielle Fertigungskapazität zur Errichtung von 100 Gaskraftwerken in so kurzer Zeit? Von den 100 Milliarden notwendigen Investitionsvolumens gar nicht zu reden.

Und man will ja gleichzeitig Industrie und Verkehr auf grünen Wasserstoff umstellen. Um das zu bewerkstelligen, braucht man für dessen Erzeugung entweder für jeden Quadratkilometer deutscher Landesfläche ein Windrad plus noch nicht erfundene Speicher oder zusätzlich nochmal 150 Gaskraftwerke obendrauf auf die schon erforderlichen 100. Vom notwendigen Netzausbau habe ich noch gar nicht gesprochen.

Wer jetzt verwirrt ist, ist es zu Recht. So etwas kann nicht gut gehen. Die Fortsetzung der Energiewende wie vorgesehen und medial bejubelt, ist eine Mission impossible. Der politmediale Komplex hat die Bevölkerung hinter die Fichte in die Energiekrise geführt. Man weiß nur nicht, was zuerst zuschlägt: die Physik oder die Ökonomie. Ich tippe eher auf die Ökonomie. Weil das Zuschlagen der Physik ein verheerender Blackout sein wird.

Gerade erhalte ich die Information, dass EON seinen Kunden für grüne Energie 65 Cent/kWh in Rechnung stellt. Sollte auch nur ein Teil der Regierungspläne umgesetzt werden – ein Schnäppchen. Die Kilowattstunde Strom wird bei der Vollendung des Atom- und Kohleausstiegs wohl um einen Euro kosten. Und da für die Herstellung einer Kilowattstunde grünen Wasserstoffs vier Kilowattstunden Strom benötigt werden, kostet eine Kilowattstunde Wasserstoff dann so um vier Euro. Ich bin schon gespannt, was die Energiewende-Schönrechnerin der Nation Claudia Kemfert uns dann vorrechnen wird.

Der Verbraucher muss sich auf Stromkosten um einen Euro pro kWh einstellen – für Strom, den es aber nicht immer gibt, sondern nur ab und zu. Da kein Produkt ohne Energie hergestellt werden kann, werden die Energiepreise zum Booster für die Inflation und zur Ursache einer Mangelwirtschaft.

Zuerst wird die energieintensive Industrie die Flucht ergreifen, sie kann solche Preise im Wettbewerb auf dem Weltmarkt nicht abbilden. Aluminium-, Karbid-, Glas- und Papierindustrie sind schon unterwegs – Aufzählung unvollständig. Doch auch die Verbraucher werden irgendwann mit Heugabeln und Dreschflegeln vor dem Bundestag auftauchen und die Energiewendeprotagonisten zum Teufel jagen wollen. Oder das Land versinkt vorher im Chaos eines Blackouts.

Eigentlich könnten die Kernenergieländer um Deutschland herum sich jetzt schadenfroh zurücklehnen und Popcorn naschend dem kommenden Fiasko zusehen. Doch selbst das ist zu kurz gedacht. Ist doch das Stromnetz europaweit intensiv auch über Ländergrenzen verbunden. Und so könnte es sein, dass ein Blackout in Deutschland auch seine Nachbarn mit ins Chaos reißt. Also verbietet sich jede Schadenfreude.

Dem geneigten Leser kann ich nur anraten, sich mit reichlich Trinkwasser in Flaschen, Kerzen, einem Campingkocher, Nudeln, reichlich Mülltüten und Klebeband einzudecken. Wozu diese Ingredienzien bei einem Blackout gut sind, wird jeder dann selbst entdecken. Und ein gut gefüllter

Rotweinkeller kann im Falle des Falles nicht schaden.

Milliardengeschäft „grünes“ Erdgas: Ampel haucht Zombie-Kraftwerken Leben ein – FOCUS Online

Der Beitrag erschien zuerst bei ACHGUT hier

Schweizer, baut Kernkraftwerke!

geschrieben von Admin | 20. Januar 2022

In vielen europäischen Staaten dürfte bald der Strom knapp werden. Das birgt eine einmalige Geschäftschance für die Eidgenossenschaft: Die Schweiz sollte mehrere AKW aufstellen und das Ausland mit Elektrizität beliefern. Ein Aufruf.



von Alex Reichmuth

Es war die goldene Zeit der Schweizer Stromwirtschaft: In der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts verdienten die Betreiber von Pumpspeicherwerken gutes Geld mit einem gewitzten Geschäftsmodell: Zuerst beförderten sie jeweils mit billigem Nachtstrom Wasser in ihre Stauseen hoch. Dann, über Mittag, liessen sie dieses Wasser auf ihre Turbinen nieder und verkauften den so erzeugten Strom in halb Europa – exakt dann, wenn dieser Strom am meisten nachgefragt war und deshalb Spitzenpreise erzielte.

Mittlerweile ist dieses Modell Geschichte. Heute liefern die vielen neuen Solaranlagen im In- und Ausland exakt am Mittag am meisten Elektrizität und verhageln den Schweizer Stromerzeugern so das Geschäft. Doch goldene Zeiten könnten wieder anbrechen – wenn die Schweiz sich auf ihre Stärken besinnt, die künftige Situation in der europäischen Stromwirtschaft vorwegnimmt und sofort beginnt, die Voraussetzungen für künftigen wirtschaftlichen Erfolg zu schaffen.

Europäische Staaten werden bald nach Strom lechzen

Der Ansatz ist der: In einigen Jahren, sicher aber in wenigen Jahrzehnten wird in Europa der Strom knapp werden. Das wird insbesondere

im Winterhalbjahr der Fall sein. Denn die Schere geht immer weiter auseinander. Einerseits steigt die Stromnachfrage stetig: Aus Klimaschutzgründen wird der Verkehr auf Elektromobilität umgestellt und in den Gebäuden kommen immer mehr Wärmepumpen statt Öl- und Gasheizungen zum Einsatz. Zudem laufen immer mehr elektronische Geräte. Das braucht Strom in rauen Mengen.

Andererseits legen die europäischen Staaten immer mehr Kraftwerke still: insbesondere fossile Kraftwerke, die aus Kohle, Öl und Gas Elektrizität produzieren, weil sie klimaschädlich sind; teilweise auch, wie in Deutschland und eventuell in Belgien, Kernkraftwerke.

Neue Wasserkraftwerke kann die Schweiz kaum mehr bauen, weil sie dem Schutz der Landschaft entgegenstehen.

Europäische Staaten werden darum in 10, 20 oder 30 Jahren nach Strom lechzen – insbesondere nach Strom, der im Winter verlässlich fließt. Hier ist die Schweiz gefragt.

KKW liefern zuverlässig und klimafreundlich Strom

Die Schweiz sollte neue Kernkraftwerke bauen. Damit könnte sie nicht nur die Stromlücken, die im eigenen Land drohen, beseitigen. Sie könnte damit auch andere Staaten beliefern, wenn dort der Strom ausgeht.

Auf Kernkraftwerke zu setzen ist deshalb angesagt, weil diese die einzige klimafreundliche und zuverlässige Form der Erzeugung von Elektrizität darstellen. Denn neue Wasserkraftwerke kann die Schweiz kaum mehr bauen, weil sie dem Schutz der Landschaft entgegenstehen. Beim Bau von Gaskraftwerken wiederum könnte das Land seine günstige Klimabilanz vergessen. Solar- und Windstrom fallen unzuverlässig an und sind für eine sichere Stromversorgung sowieso nicht zu gebrauchen.

Der Vorschlag besteht konkret darin, drei neue Kernkraftwerke zu bauen. Eines in Mühleberg. Eines in Beznau. Und eines in Gösgen. Damit kann die Schweiz genug Strom auch für künftige Exporte herstellen.

Das Neubauverbot müsste beseitigt werden

Natürlich: Es gibt Hindernisse. Eines besteht darin, dass der Neubau von Kernkraftwerken per Gesetz verboten ist. So hat es das Stimmvolk 2017 beschlossen, als ihm fälschlicherweise weisgemacht wurde, die Versorgung könne künftig mit Solar- und Windstrom gesichert werden. Dieses Verbot müsste man aufheben, was wohl eine Volksabstimmung nötig machen würde.

Die Bewilligungsverfahren sollten beschleunigt werden, damit potentielle Geldgeber wieder ein Interesse haben, in Kernkraftwerke zu investieren.

Weiter müsste dafür gesorgt werden, dass die Bewilligungsverfahren für neue KKW zeitlich gestrafft werden. Sonst dauert die Planung ewig. Bundesrätin Simonetta Sommaruga macht es derzeit bei den Verfahren für Wasserkraft- und Windkraftanlagen vor: Sie will das Bewilligungsverfahren bündeln, sodass die Gegner solcher Anlagen nicht mehrmals bis vor Bundesgericht gelangen können, sondern nur ein einziges Mal. Damit sollen die Verfahren beschleunigt werden, damit potentielle Geldgeber wieder ein Interesse haben, in solche Kraftwerke zu investieren. Dasselbe ist bei Atomkraftwerken notwendig.

Potenzielle Investoren wurden abgeschreckt

KKW-Gegner werden einwenden, dass Kernstrom viel zu teuer sei und sich kaum Investoren finden liessen. In der Tat haben die grossen Schweizer Stromkonzerne der Kernenergiewirtschaft abgeschworen und bekunden derzeit kein Interesse an Neubauten. Doch wer möchte ihnen das verübeln? Die Kernkraft wurde jahrzehntelang schlecht geredet. Die Auflagen an die Betreiber wurden immer weiter erhöht. Und die Bewilligungsverfahren wurden ins schier Unermessliche verkompliziert. Es gilt, diese Entwicklungen rückgängig zu machen, wo es die Sicherheit zulässt: Kernkraftwerke zu bauen, muss wieder eine realistische und lohnenswerte Option werden.

Gewiss: In Europa sind mehrere Neubau-Projekte zeitlich und finanziell aus dem Ruder gelaufen. Die Stichworte dazu sind: Flamanville in Frankreich, Olkiluoto in Finnland und Hinkley Point in Grossbritannien. Die Gründe dafür sind Probleme mit einem neuen Kraftwerkstyp und Missmanagement. Doch andere Neubauten zeigen, dass es noch immer möglich ist, neue KKW zügig und zu vernünftigen Kosten aufzustellen.

Südkorea baut in Abu Dhabi vier grosse Reaktoren

Zu erwähnen ist insbesondere die Grossanlage Barakah in Abu Dhabi. Dort entstehen vier Reaktoren mit einer Leistung von je 1,45 Gigawatt, zu überschaubaren Kosten von insgesamt 20,4 Milliarden Dollar. (Zum Vergleich: Das KKW Gösgen hat eine Leistung von 1,06 Gigawatt.) Zwei Barakah-Reaktoren haben letztes Jahr den Betrieb aufgenommen. Die anderen werden auch bald Strom liefern. Erbaut werden die vier Reaktoren unter Leitung des südkoreanischen Stromversorgers Kepco. Warum klopft die Schweiz nicht auch in Südkorea an?

Die EU-Kommission hat soeben entschieden, dass Investitionen in die Kernkraft als nachhaltig gelten (siehe hier). Das dürfte neue Geldgeber anlocken. Auch die Schweiz, obwohl nicht EU-Land, könnte von diesem

Rückenwind für die Kerntechnologie profitieren.

Ein bürgerlicher Schulterschluss ist notwendig

In Europa plant mittlerweile eine ganze Reihe von Ländern neue Kernkraftwerke: Frankreich, Grossbritannien, die Niederlande, Finnland, Polen, Tschechien, Ungarn. In all diesen Ländern ist man offensichtlich optimistisch, Investoren zu finden. Es ist nicht einzusehen, warum es nicht auch der Schweiz gelingen sollte, neue KKW zu verwirklichen.

Die Schweiz könnte sich mit Stromexporten aus Kernkraftwerken eine goldene Nase verdienen.

Voraussetzung für eine neue Zukunft der Schweizer Stromwirtschaft ist ein entsprechender politischer Wille. Die Politiker des Landes sollten jetzt eingestehen, dass die Energiestrategie 2050 gescheitert ist und in eine Strommangellage führt. Sie sollten stattdessen eine KKW-Offensive propagieren. Die linken und grünen Parteien werden zwar nicht mitmachen. Darum braucht es einen Schulterschluss der Bürgerlichen.

In spätestens 20 Jahren würden drei neue Schweizer KKW in Betrieb gehen. Die Stromlücke wäre abgewendet. Und das Land könnte sich mit Exporten eine goldene Nase verdienen.

Der Beitrag erschien zuerst im Schweizer Nebelspalter hier

Vulkanausbruch in Folge des Klimawandels

geschrieben von Admin | 20. Januar 2022

ACHTUNG: Ironie

von Jakob Ihrig, Raubach

(Anmerkung der Redaktion: „Heute berichtet der bekannte Parawissenschaftler und Regierungsberater Jakob Ihrig posthum über klimainduzierte Vulkanausbrüche“)

Am 16.1.2022 kam es zum spontanen Ausbruch des Vulkans Hunga Tonga-Hunga Ha'apai im Archipel der Tonga Inseln in der Südsee. Der Ausbruch des Unterseevulkans wird von einigen Experten mit dem gewaltigen Ausbruch des Krakatau im 19. Jahrhundert verglichen.

Über die Ursache des Ausbruchs herrscht derzeit noch kein eindeutiges Bild unter Vulkanologen. Die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe geht davon aus, dass der Ausbruch generell eine Folge der klimainduzierten Plattentektonik der Erde ist. Bereits vor über hundert Jahren hatte Alfred Wegener erkannt, dass nicht der Mond – wie von ihm ursprünglich vermutet – Ursache der Kontinentaldrift ist, sondern Spannungstensionen die sich in der Erdkruste aufgrund des Klimawandels aufbauen. Es kommt daher immer wieder zu abrupten Spannungsentlastungen an den Plattengrenzen und in Folge zu Vulkanausbrüchen, so ein Sprecher der Bundesanstalt. Wegener hatte diese These in einer bisher unveröffentlichten Schrift zusammengefasst. Mittlerweile gilt sie unter allen Wissenschaftlern als akzeptiert.

Eine andere Hypothese wird allerdings vom renommierten Potsdamer Institut für Klimaforschungsfolgen vertreten. Danach stünde die Eruption sogar in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Klimawandel. Durch den Klimawandel wird seit der Industrialisierung im 19. Jahrhundert eine Erhöhung der Klimatemperatur inzidiert. Seit der Jahrtausendwende hat dieser Trend noch einmal Fahrt aufgenommen, so das Institut. Die Temperatur in der Magmakammer von Vulkanen folgt mit einiger Zeitverzögerung der Meeres- und Atmosphärentemperatur (sognt. magmatische Temperatur Additivität). Am Hunga Tonga-Hunga sei es jetzt in Folge dieser Temperaturerhöhung in der Magmakammer zu einem kritischen Überdruck gekommen, der sich in einer explosiven Eruption entlud.

Beide Expertengruppen betonen das weitere Forschung notwendig ist, um die genauen Ursachen zu erforschen und ein Frühwarnsystem zu entwickeln. Einig ist man sich jedoch darin, das in Folge des Klimawandels Vulkanausbrüche zunehmen werden. Man kann hier von einem „self-supporting system“ sprechen, dass gerade einen Kipppunkt im Schellenhuberschen Sinne überschreitet. Durch die gehäuften Vulkanausbrüche würde mehr CO₂ in die Atmosphäre geschleudert, dies würde wiederum zur Beschleunigung der Klimatemperatur führen, die dann wieder eine Kette von Vulkaneruptionen nach sich zieht.

Strahlentod in Hiroshima: Was wissen wir nach 76 Jahren?

geschrieben von Admin | 20. Januar 2022

Dr. Lutz Niemann (Vorwort)

Das Wort „Hiroshima“ ist gleichbedeutend für einen der bisher größten Schrecken der Menschheitsgeschichte. Tatsächlich sind Kernwaffen ein

wirklicher Horror, vor dem die Menschheit unbedingt geschützt werden muß. Zweimal fielen Kernwaffen auf Städte, das waren Hiroshima und Nagasaki in Japan, wodurch der zweite Weltkrieg in Fernost beendet wurde. Es gibt einen guten bebilderten Bericht zu der ersten Explosion von einem exzellenten Fachmann, Herrn Dr. Walter Rüegg aus der Schweiz. Dieser ausführliche Bericht soll hier der interessierten Fachwelt zur Verfügung gestellt werden, er wird im Anschluß an die folgende kurze Zusammenfassung als pdf lesbar angehängt.

Von Dr. Walter Rüegg

Am 6. August 1945, um 8:15, fiel eine Uranbombe mit einer Sprengkraft von 15'000 Tonnen TNT auf Hiroshima. Im Stadtzentrum starben die Bewohner einen 4-fachen Tod: Druckwelle, Hitzestrahlung, Feuersturm und radioaktive Strahlung. Letztere forderte mit Abstand die wenigsten Opfer (weniger als 10%, inklusive Langzeitopfer), trotzdem wird sie am meisten gefürchtet. Zur Zeit der Explosion befanden sich etwa 300'000 Menschen in Hiroshima. Rund ein Drittel starb an den akuten Folgen (die Mehrzahl auf Grund von schweren Brandwunden durch Hitzestrahlung und Feuersturm), ein weiteres Drittel wurde verletzt und zum Teil auch bestrahlt, erholte sich aber. Das letzte Drittel blieb unverletzt. Die bestrahlten Überlebenden (rund 54'000) werden in der grössten medizinischen Studie aller Zeiten fortlaufend gründlich untersucht, bis heute. Viele der stark bestrahlten Überlebenden wurden strahlenkrank, praktisch alle erholten sich in 1-2 Monaten und führten anschliessend ein gesundheitlich normales Leben. Im Alter stieg aber die Krebsrate etwas steiler an als bei unbestrahlten Personen.

Leider (oder besser gesagt zum Glück) ist es recht schwierig, die Langzeitfolgen einer Bestrahlung zu bestimmen. Der Hauptgrund dafür ist die Tatsache, dass die Folgen von kleinen und mittleren Dosen relativ klein sind und in den natürlichen Variationen der Gesundheit, insbesondere der Krebsrate, untergehen. Rauchen, Trinken, Chemikalien, Viren, Entzündungen, Ernährung, Übergewicht, Bewegung, Umwelt, sozio-ökonomischer Status, Stress und genetische oder epigenetische Faktoren wirken oft stärker krebsfördernd. Ein sorgfältiger statistischer Vergleich zwischen den bestrahlten und den unbestrahlten Überlebenden von Hiroshima und Nagasaki ergab bis heute etwa 1000 zusätzliche Krebstodesfälle, ein Maximum von 20-30 Fälle pro Jahr wurde um 2010 erreicht. Daraus wurde berechnet, dass eine Schockbestrahlung von 20% der tödlichen Dosis (1 Sv) die Krebsrate im Alter um etwa 10% erhöht. Die bestrahlten Überlebenden starben aus diesem Grunde im Mittel etwa 4 Monate früher. 2021 lebten noch rund 10'000 aus der Gruppe der bestrahlten. Das Durchschnittsalter ist 84 Jahre, nicht wenige sind über 100 Jahre alt, bei guter Gesundheit. Klar ist: Ein schlechter Lebenswandel (Rauchen, Trinken, Bewegungsmangel, Übergewicht, Diät...) ist für die Überlebenden gefährlicher als die Strahlung.

Neben den Langzeiteffekten zeigten sich auch Kurzzeiteffekte: Eine heftige Bestrahlung zwischen der 8. und 15. Schwangerschaftswoche

konnte eine Mikrozephalie auslösen, dadurch wurde vor allem die spätere geistige Entwicklung der Kinder negativ beeinflusst. Knapp 5% von insgesamt 467 bestrahlten Föten waren davon betroffen. Die gute Nachricht: Es wurden keine Missbildungen beobachtet wie z.B. beim Medikament Contergan welches um die 10'000 schwere Missbildungen verursachte. Die noch bessere Nachricht: Auch bei den 77'000 Nachkommen der Überlebenden fand man weder eine erhöhte Missbildungsrate noch sonstige spätere negative Wirkungen, selbst nicht bei Kindern von sehr stark bestrahlten Eltern.

Die Resultate der Untersuchungen der Opfer der beiden Bomben gelten heute als die zuverlässigste Quelle über die Wirkungen von radioaktiven Strahlen, zumindest bei Schockdosen. Klar scheint, dass kleine bis mittlere Schockdosen (bis etwa 0.5 Sv oder 10% der tödlichen Dosis) kaum einen Einfluss auf die Gesundheit haben. Schliesslich bestrahlt uns die Natur im Laufe des Lebens mit durchschnittlich 0.35 Sv (in der Schweiz, gemäss Bundesamt für Gesundheit), mit Spitzen von weit über 1 Sv. Trotzdem liegen heute die Grenzwerte bei extrem tiefen 0.001 Sv/Jahr (0.02% der der tödlichen Dosis), man beruft sich auf das Vorsorgeprinzip und auf die Hypothese der linearen Dosisabhängigkeit ohne Schwelle («auch die winzigste Dosis könnte ein – winziges – Risiko darstellen»). Wir leben im Zeitalter der Forderung nach Null Risiko – und vergessen, dass das Risiko zu sterben 100% beträgt.

Hiroshima

Wer will kann die Datei hier herunterladen.

Sofortprogramm „Klimaschutz“: Habecks Rechnung ohne Sonne und Wind

geschrieben von Admin | 20. Januar 2022

Wirtschafts- und Klimaminister Habeck (Grüne) stellt seine Pläne für mehr „Klimaschutz“ vor



von Holger Douglas

Es fehlt bei Robert Habeck und seinem Staatssekretär Patrick Graichen weiterhin völlig eine Idee, woher denn die Energie künftig kommen soll, wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht bläst.

„Klimaschutzminister“ Robert Habeck will die Geschwindigkeit der Emissionsminderung verdreifacht sehen, so verkündete er bei der Vorstellung seiner „Eröffnungsbilanz Klimaschutz“. Nein, er hat nicht festgestellt, dass China und Indien die größten „Klimaverschmutzer“ der Erde sind und Deutschland kaum zwei Prozent zum von menschlichen Aktivitäten emittierten CO₂ beiträgt. Sein Dilemma: Er kann schlecht sagen, es seien zu wenige Kohle- und Kernkraftwerke ausgeschaltet worden. Da erwiesen sich CDU und SPD in der Merkel-Regierung grüner als die Grünen und führten das Noch-Industrieland Deutschland in eine Energiekatastrophe, deren Umfang erst langsam für weitere Kreise sichtbar und spürbar wird.

So verlegt er sich vor allem auf Wortgeklingel: „Die Geschwindigkeit der Emissionsminderungen müsse verdreifacht werden“, wieder mal soll ein neues „Klimaschutz“paket kommen, ein erstes bis Ende April, ein zweites bis Sommer. Von „Klimaschutz-Sofortprogramm“ ist die Rede, Sektoren auf einen Zielpfad bringen und Maßnahmen in die Wege leiten. Der Text klingelt nur so von »Gesetzen, Verordnungen und Maßnahmen«, »Ausschreibungsschwellen«. Zu dem schönsten Spruch dürfte gehören: »Öffnung der Flächenkulisse für Freiflächenanlagen«. Statt Ackerbau künftig also noch mehr Fotozellen in der Landschaft.

Das, was für jede Industrieanlage vorgeschrieben ist, fehlt hier vollkommen: der Entsorgungspfad. Wohin der gefährliche Sondermüll kommen soll, wird nicht aufgeführt. Dafür macht Habeck der Sonne Dampf: „Wir entfesseln die Solarenergie mit einem Solarbeschleunigungspaket.“

Sonne und Wind haben in diesem Jahr zwar erstaunlich wenig geliefert, ohne Kohle und Kernkraftwerke wäre Deutschland vor allem im vergangenen Herbst in Dunkelheit versunken. Doch Habeck setzt sich an die grüne Spitze: mehr Windräder, mehr Solarflächen, Wasserstoff als letztes Rettungsmärchen, mit dem auch schon Vorgänger Altmaier den öffentlichen

Raum deformiert hatte.

Habeck führt den Strompreisschwindel seines Vorgängers Altmaier fort. Genervt von der Kritik, Deutschland habe die höchsten Strompreise weltweit, hatte der eine Reduzierung der sogenannten EEG-Umlage eingeleitet und über die CO₂-Steuer den Stromkunden als Steuerzahler weiterhin abgezockt. Die Steuer hat den Vorteil, dass sie jedes Jahr mehr liefert, weil sie automatisch von Jahr zu Jahr erhöht wird.

Es fehlt bei Habeck und seinem Staatssekretär Patrick Graichen weiterhin völlig eine Idee, woher denn die Energie künftig kommen soll, wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht bläst. Da gibt es eigentlich nur die Kernkraft. Strom wird dann eben von den Kernkraftwerken gekauft, die die Nachbarländer rings um Deutschland bauen. Doch bis die stehen und gar Strom liefern können, vergehen mindestens 20, 30 Jahre.

So will er zwei Prozent der Fläche mit Windrädern zupflastern. Das klingt wenig, ist aber viel, weil es so viele freie Flächen in der dicht besiedelten Bundesrepublik gar nicht mehr gibt. Vor dem letzten Schritt, in Berlin Tausende von Windrädern hinzupflanzen, schreckt er zurück.

Habeck bedient die Klage der Investoren, die mit dem Bau von Windrädern prächtig verdienen wollen, es gebe zu wenige Flächen für weitere Windräder in Deutschland. Deshalb sollen mehr „Flächenpotenziale“ für Windräder erschlossen werden. Im Klartext: Windräder dürfen näher an Städte und Gemeinden rücken. Konkret fallen soll die Sicherheitsvorschrift, dass in einem Umkreis von Drehfunkfeuern und Wetterradar keine störenden Bauten errichtet werden dürfen. Diese Funkfeuer sind so etwas wie Leuchttürme, die Strahlen aussenden, an denen Piloten ihre genaue Position bestimmen können. Ziemlich schlecht, wenn zum Beispiel beim Anflug auf Frankfurt ein Airbus in Schwierigkeiten gerät, weil die Positionssignale durch rotierende Windräder irritiert werden.

Unwichtig geworden ist auch militärisches Radar, die Bundeswehr bringt sowieso kaum noch Flugzeuge in die Luft. Von Windrädern gestörte Wetterradarsignale werden offenbar nach Habecks Ansicht auch überbewertet.

Nichts steht über jene bayerische 10H-Sonderregel in dem Papier, nach der Windräder mindestens zehnfach so weit von Siedlungen entfernt stehen müssen, wie sie hoch sind. Das schafft einen gewissen Abstand. Nur die bayerischen Kommunen können selbst entscheiden, wie sie mit der Regel verfahren. Habeck sagt nicht, ob er über eine Bundeskeule den Bayern diese Regel austreiben will. Das würde so einfach nicht werden.

Insofern nichts Neues. Was bleibt für die, die eigentlich das Geld für all die Pläne erwirtschaften soll, die Industrie? Die wandert zum großen Teil ab, verlagert ihre Produktion ins Ausland. Der Teil, der im Lande bleibt, soll mit reichlich Geld zum Schweigen gebracht werden. „Für den Einstieg in klimaneutrale Produktionsverfahren benötigt die Industrie

einen verlässlichen Förder- und Investitionsrahmen“ – das bedeutet im Klartext, dass viel Staatsgeld in die Unternehmen fließt, die fleißig dem grünen Klimawahn applaudieren und künftig Habeck hochleben lassen.

Eine Umstellung auf sogenannte Wasserstoffwirtschaft wäre nach Einschätzung eines Experten des Stahlherstellers Salzgitter übrigens von der Dimension her vergleichbar mit dem Wiederaufbau Deutschlands nach den Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges. Das, so darf man getrost annehmen, liegt weit außerhalb der Reichweite jeder Ampel-Regierung.